

9. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

19. Jänner 1949.

285/J

A n f r a g e

der Abg. Ing. W a l d b r u n n e r , P r o k s c h , Dr. P i t t e r -
m a n n , O - l a h und Genossen an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend Verwendung der Überschüsse aus der Geschäftsführung des
österreichischen Warenverkehrsbüros.

-.-.-

Das österreichische Warenverkehrsbüro befindet sich gegenwärtig
im Zustande der Liquidation, und es wird daher in der Öffentlichkeit be-
reits lebhaft über die Verwendung jener Überschüsse diskutiert, welche
sich aus der Geschäftsführung dieser Stelle ergeben haben. Geradezu auf-
reizend empfindet es die Masse der Verbraucher, empfinden es vor allem
die Arbeiter, Angestellten und Beamten, dass Unternehmerorganisationen,
wie der österreichische Industriellen-Bund oder die Handelskammer, die
Überweisung dieser Gelder an ihre Kassen mit der Begründung fordern, dass
sie aus Beiträgen "der Wirtschaft" stammen. Es gibt wohl niemanden in
Österreich, der glaubt, dass diese Abgaben aus dem Reingewinn der Exporteure

oder Importeure getragen wurden; jedermann weiss vielmehr, dass sie
im vollen Umfange auf die breite Masse der Konsumenten überwältzt wurden.

Die Höhe dieses Überschusses wird auf 20 bis 30 Millionen
Schilling geschätzt. Wenn man sich vor Augen hält, dass das Ausmass der
Belastung aus jener einmaligen Aushilfe für die Bundesangestellten und
Pensionisten im Sommer dieses Jahres, die für den einzelnen Empfänger
S 140.-, bzw. S 60.- betrug, vom Finanzminister mit insgesamt 46 Millio-
nen Schilling angegeben wurde, dann wirkt eine solche Forderung als
offenkundige Provokation. Ein Staat, der die dringendsten Wünsche seiner
Angestellten auf eine bescheidene Verbesserung ihrer Lebenslage nicht er-
füllen kann, darf auf keinen Fall Geschenke an Schwerverdiener verteilen.

In diesem Zusammenhange erscheint es den gefertigten Abgeord-
neten auch wünschenswert, dass über die Gebarung der seinerzeitigen
Ausgleichskasse öffentlich Rechnung gelegt wird. Es erhält sich in
der Bevölkerung hartnäckig das Gerücht, dass den Exporteuren, die sei-
nerzeit unbekümmert um den Bedarf der inländischen Bevölkerung ihre
Waren ins Ausland lieferten, um dafür Devisen zu erhalten, nachhafte
Nachlässe von ihren Verpflichtungen gegenüber der Export-Ausgleichskasse
gewährt wurden.

10. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

19. Jänner 1949.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e :

1. Ist der Herr Bundesminister in der Lage, dem Hohen Haus bekanntzugeben, welcher Überschuss sich aus der Gebarung des österreichischen Warenverkehrsbüros ergeben hat?

2. Ist der Herr Bundesminister in der Lage, dem Hohen Haus die Zusicherung zu geben, dass dieser Überschuss restlos und allein der Staatskasse zufließt?

3. Ist der Herr Bundesminister in der Lage, dem Hohen Haus einen Rechenschaftsbericht über die Gebarung der obgenannten Ausgleichskasse zu geben?

-.--.-.-.-.-.-.-.-.-